

Abroad · Del extranjero · De l'étranger · За границей · 外

Die Herrschaft der Zensur

Portugals Tradition der Unterdrückung

Von José Cardoso Pires

José Cardoso Pires, 1925 geboren, ist einer der Wortführer der jüngeren portugiesischen Literatur. Er war Chefredakteur der Zeitschrift „Almanaque“ und einer der Begründer des 1965 von der Regierung aufgelösten Schriftstellerverbandes.

Seit fünf Jahrhunderten gibt es den Buchdruck, 420 Jahre davon standen in Portugal unter der Herrschaft der Zensur. Während die Generationen und die Regimes sich ablösten, trug ein langer Zug von Opfern zu einem unübersehbaren Corpus unterdrückter Literatur bei, der aus kilometerlangen Texten besteht, welche auf den Scheiterhaufen geworfen wurden oder im Staub der Archive vergraben sind. Dementsprechend hat auch der intellektuelle Widerstand Geschichte; er hörte nicht auf, sich immer wieder listige Mittel und Wege einfallen zu lassen, um der Überwachung ein Schnippchen zu schlagen. Dementsprechend aber perfektionierte sich auch die Tradition der Unterdrückung, bis sie schließlich unter der Diktatur Salazars zu einem Apparat wurde, der in seinem technischen Zusammenspiel vollkommen war.

„Dieser kleine Diktator, dessen Name mir entfallen ist“ (wie Bernanos sagte), hat sich bemüht, aus der Zensur eine Art Syntax des Denkens zu machen, eine Vorbeuge-Institution des Staates, die nicht nur etwas verhindern, sondern etwas schaffen sollte, nämlich eine dem Regime angepaßte Mentalität. Er zog einen *cordon sanitaire* um die Zitadelle der portugiesischen Kultur, um nach außen hin das Bild eines Landes *sui generis* zu bieten, das sich aus den großen Konflikten klug heraushält, somit politische Sicherheit garantiert und für Investitionen bestens geeignet scheint. Die Tatsache, daß die Zensur in Portugal rechtlich zu dem Verwaltungsressort Propaganda und Tourismus gehört, ist charakteristisch: Die beiden Versuche, die Wahrheit zu verschweigen und eine trügerische Fassade für den Exportgebrauch zu errichten, gehören zusammen.

Auf den Militärputsch folgt der Putsch der Zensur — auch der Fall Portugal bestätigt diese Regel. Es war das *pronunciamento* vom 28. Mai 1926, das die Herrschaft der Zensur im Land begründete, und bis heute bezieht sie ihre erfahrensten Funktionäre aus dem Militär.

Der Apparat der Zensur ist charakteristisch für den Ausnahmezustand, sie ist eine Sondergerichtsbarkeit mit all der Unbestimmtheit provisorischer Rechtsbefugnisse, und die wesentlichen Artikel ihres Codes lauten: Der Regierungschef ist unantastbar, die Ordnung muß geschützt werden. Die Schwere eines Delikts hängt nicht von seiner Natur ab, sondern von der emotionalen Temperatur des Augenblicks; jede Äußerung wird im politischen Zusammenhang drohender Rebellion gewertet; ein Mißbrauch der Meinungsfreiheit wird der regulären Justiz entzogen und vor politische Gerichte gebracht. Jegliche Zensur versucht sich als Ausnahme zu legitimieren, und aus diesem Grund räumt man ihr außergewöhnliche Vorrechte ein.

Ist der Ausnahmezustand dann aufgehoben, so bewirkt die Trägheit der Geschichte wie der herrschende Konservatismus, daß das Machtmittel dennoch fortbesteht.

Die Zensur kennt keine juristische Verantwortung: Sie muß sich gegenüber den beschuldigten Personen nicht verantworten, noch gibt es eine Einspruchsmöglichkeit gegen ihre Entscheidungen, es sei denn, durch Appelle an die Zensur selbst oder an den Minister, dem sie untersteht.

Auch moralische Verantwortung kennt sie nicht. Nie werden Exzesse oder Willkürentscheidungen öffentlich beanstandet, und seien sie noch so augenfällig.

Schließlich fehlt es ihr auch an professioneller Verantwortung. Bei der Vielzahl von Themen, Informationen und Ausdrucksformen, über die sie zu befinden hat, muß sie sich einerseits wie eine allwissende Körperschaft verhalten, andererseits ist sie außerstande, das ihr vorliegende, disparate Material wirklich zu bewerten; selbst die technischen Mittel dazu fehlen ihr.

Die Strenge der Zensoren schützt sich durch Maßnahmen, die verhindern, daß einer von ihnen für etwas haftbar gemacht werden kann. Nie wird eine Entscheidung aktenkundig gemacht, geschweige denn mit irgendeinem Argument be-

gründet; nie wird das Verdikt anders ausgedrückt als durch anonyme Striche des „blauen Stifts“ oder die unpersönliche Bürokratie von Stempelvermerken: „Gekürzt“, „Verboten“, „Mit Streichungen zugelassen“. *Dixit*, Punkt, das ist alles. Die Erörterung oder eher: die Rechtfertigung einer beanstandeten Textstelle wird nur in persönlichem Gespräch oder telephonisch zugestanden. Ebenfalls per Telefon werden die abwegigsten Entscheidungen und gewisse hanebüchene Forderungen übermittelt. Nichts, was es erlaubte, jemanden zur Verantwortung zu ziehen, was ein Dossier ergeben könnte — das ist das Arbeitsprinzip der Zensur gegenüber dem zensierten Autor.

Daß der Zensor sich nicht verantworten muß, führt dazu, daß auch der Zensierte sich der Verantwortung entzieht. Da er keine genauen Anweisungen hat, an die er sich halten könnte, erhebt der Journalist die Willkür zur Norm; er versucht, die Kriterien des Inquisitors durch Annäherung zu erfassen. Er erarbeitet für sich selber eine Tabelle von Verboten, also eine Selbstzensur. Die Erfahrung hat ihn ja schon einige Regeln gelehrt — zum Beispiel, daß ein Artikel selbst dann, wenn er das Imprimatur erhalten hat, noch verboten werden kann; daß die Duldsamkeit der Zensur von einer Zeitung zur anderen, von einem Redakteur zu seinem Kollegen variiert; daß schon das bloße Zitieren eines in Ungnade gefallenen Autors das Verbot eines ganzen Artikels zur Folge haben kann; daß gewisse Themen, um sich das Wohlwollen des allmächtigen „blauen Stiftes“ zu sichern, einen unauffälligen Titel bekommen und auf einer wenig gelesenen Seite stehen müssen.

Die Allmacht der Zensur hat den portugiesischen Journalismus um seine Energie gebracht und ihn bürokratisiert. Schlimmer noch: sie hat ihm einen heuchlerischen Stil aufgezwungen, der auf Grund seiner ständigen Bemühung, sich dem herrschenden Klima anzupassen und den Zensoren weniger verdächtig zu erscheinen, vom offiziellen Geschmack verseucht worden ist. Er bezieht seine Klischees direkt aus dem politischen Sprachgebrauch, der gerade *en vogue* ist („die Stürme der Geschichte“, „die portugiesische Daseinsweise“, „die nationalen Strukturen“, „das Beispiel der Vorfahren“), benutzt standardisierte Formeln und Adjektive selbst für die Beschreibung des Alltäglichen (die „barmherzige“ Dame, der „zum Sieger geweihte“ Sportler, der „dynamische“ Unternehmer, der „langgediente“ Soldat), und so fort.

Vierzig Jahre lang haben die portugiesischen Schriftsteller Salazars sogenannter „Politik des Geistes“ ihre Ablehnung entgegengesetzt. Ihre Verweigerung hat ihnen eingetragen, daß sie ein für allemal auf der Liste der Unverbesserlichen stehen. Viele haben ihre Unabhängigkeit mit dem Exil bezahlt, andere mit dem Gefängnis.

Die Schreckensherrschaft von M. Paulo Rodrigues (1962 bis 1968), dem Großinquisitor des Salazarismus, zwang das literarische Getto zu einem Guerillakrieg gegen die Zensur. Direkte Gegenaktionen ließen nicht auf sich warten. Hier und dort tauchten Extremistengruppen auf und begannen einen anti-intellektuellen Kreuzzug, der seinen Höhepunkt in der Zerschlagung des Schriftstellerverbandes erreichte. Als der Verband 1965 dem inhaftierten Romancier Luandino Vieira einen Preis verlieh, verwüsteten unidentifizierte Gruppen die Geschäftsstelle des Verbandes; dieser wurde sofort von der Regierung aufgelöst, die Mitglieder der Jury wurden verhaftet.

Dabei gibt es in Portugal laut Gesetz gar keine Vorzensur von Büchern. Dieses Gesetz hat jedoch nicht verhindert, daß ganze Auflagen noch vor der Auslieferung an den Buchhandel beschlagnahmt wurden, auch nicht, daß in Druckereien noch gar nicht abgesetzte Originalmanuskripte mitgenommen wurden. In mindestens einem Fall — dem des Romanciers Alves Redol — hat die Zensurbehörde während einer langen Periode die Vorzensur verhängt, und einer der inkriminierten Texte, der Roman „Reinegro“, ist bis heute unveröffentlicht.

Den Verleger einzuschüchtern und die soziale Präsenz eines Schriftstellers einzuschränken, sind Etappen der gleichen Offensive. Der portugiesische Autor soll isoliert werden, indem man ihn für die offiziellen Stellen lästig, für die Buch-

industrie schwierig und gesellschaftlich weniger einflußreich und repräsentativ erscheinen läßt. Zu diesem Ziel entwickelt die Zensur eine Reihe scheinbar unzusammenhängender Operationen, die die kulturellen Medien entsprechend beeinflussen sollen.

Erstens werden ausländische Werke von der Zensur großzügiger behandelt als die von lebenden portugiesischen Autoren. Diese Diskriminierung ist nicht nur eine Abwehrmaßnahme gegen die direkte Wirkung, die portugiesische Autoren als Interpreten der portugiesischen Wirklichkeit ausüben könnten; sie entspringt auch unbewußt einem kulturellen Provinzialismus, der die Konkurrenzchancen eines portugiesischen Schriftstellers in den Augen der Verleger und des Publikums zu verringern trachtet.

Zweitens erhalten die nebensächlichsten oder am wenigsten engagierten portugiesischen Autoren eine Vorzugsbehandlung.

Drittens werden berühmte Autoren, die zu ihren Lebzeiten Gegner des Regimes waren, nach ihrem Tode ebenfalls bevorzugt behandelt. Damit meint die Zensur eine Souveränität unter Beweis zu stellen, die der Engstirnigkeit, mit der sie die Lebenden behandelt, mehr Kredit verschaffen soll.

Der gemeinsame Nenner der drei Regeln lautet: Verfälschung der Werte, um den lebenden portugiesischen Autor in der Meinung seines Publikums herabzusetzen und ihn seines Einflusses auf die Gesellschaft zu berauben.

Von der Zensur zum bürgerlichen Tod ist es nur ein Schritt.

Im Dezember 1969 schrieb der große portugiesische Romancier Alves Redol auf dem Sterbebett im Hospital Santa Maria zu Lissabon: „Ich bin ein weiterer Schriftsteller, der isoliert von seinem Land sterben wird. Während meines ganzen Lebens hat man mich nicht schreiben lassen, was ich schreiben wollte.“

Zu jenem Zeitpunkt war Salazar seit Monaten von Professor Marcelo Gaetano abgelöst worden, und der neue Regierungschef, der den geistigen Kolonialismus des Diktators ablehnte, hatte bereits ein Pressegesetz angekündigt, welches das Regime der Zensur beseitigen sollte. Einige Zeit danach erschienen dann die ersten Entwürfe: Abänderungen, Vorschläge, Definitionen wurden im geschlossenen Kreis der Abgeordneten debattiert, während das Land zwischen Optimismus und Unglauben schwankte.

Solange das Pressegesetz nicht erlassen war, blieb das Übel notwendig. Eine mächtige offizielle Strömung behauptete sogar, die öffentliche Meinung, geschwächt davon, daß sie über vierzig Jahre lang von der Meinungsfreiheit keinen Gebrauch machen konnte, wäre einem zensurfreien Zustand gar nicht gewachsen, sondern würde in Mißbrauch und Anarchie verfallen. Demzufolge sollte der „blaue Stift“ nach und nach weniger streng verfahren und Schritt auf Schritt einen Sinn für Verantwortung entstehen lassen; die



Portugiesische Wählerinitiative zur Abschaffung der Zensur — 1969, kurz nach Salazars Tod, als manches möglich zu werden schien
Aufnahme: Anders/stern

Bürokraten des *ancien régime* sollten ihre Härte und ihren Despotismus mildern und sich in den Prozeß einer allgemein zunehmenden Liberalisierung einfügen. Aber wenn sich die Zensur im Vergleich zu den schwarzen Jahren des Salazarismus weniger aggressiv gab, so lag das an einer vorübergehenden Bemühung, sich anzupassen, die sich auf keine Reformabsicht stützt. Im übrigen wäre es ein Zeichen paradoxer Naivität, wollte man annehmen, daß eine Institution, die von vierzig Jahren der Selbstherrlichkeit korrumpiert ist, zur Umerzierung eines Landes beitragen könnte, das sie selber diese vierzig Jahre lang mit korrumpiert hat.

Diese dem Zufall überlassene Bewegung der Selbst-„Liberalisierung“ wurde im Juni dieses Jahres mit dem Inkrafttreten des neuen Pressegesetzes unterbrochen. „Die Dienstleistungen der Zensur sind aufgehoben“, heißt es darin ausdrücklich. Jeder Vermittler des geschriebenen Worts — Autor, Verleger, Drucker, Buchhändler und so weiter — ist nunmehr haftbar zu machen. Geldstrafen und verwaltungstechnische Sanktionen kontrollieren die „Mißbräuche der Freiheit“.

Das Gericht und genau erklärte Gesetzesartikel ersetzen die unbestimmte und willkürliche Entscheidung der Zensoren.

Der seit langem zensierte Bürger wähte, ein wenig erleichtert aufatmen zu können. Doch haben Gesetze manchmal ihre Haken. Ein solcher Haken ist, daß bei der Verhängung des Ausnahmezustands eine „Vorprüfung“ eingeführt wird, und zwar eine „Vorprüfung“ durch die Beamten der eigentlich abgeschafften Zensur. Und die gleiche Abgeordnetenkammer, die dem Pressegesetz zugestimmt hat, verfügte, daß das Land sich (Umsturzsgefahr!) tatsächlich im Ausnahmezustand befinde. So kehrt man also zum Zwiegespräch der Tauben zurück.

In nur fünf Artikeln werden die einhundertdreißig, die das Pressestatut bilden, annulliert, und als provisorische, noch immer als provisorische Maßnahme wird wiederum das Regime der Zensur eingesetzt, welches das Gesetz zu ersetzen vorgibt. Die Inquisitoren bleiben die gleichen, nur der allzu ungeliebte Name der Institution wurde geändert: Wo es „Zensur“ hieß, heißt es jetzt „Vorprüfung“.